Ergebnisprotokoll

Informationsveranstaltung

Kulturzentrum PFL, 08. April 2026, 18 bis 19 Uhr.

Herr Schnitker, Frau Dannemann (Stadt Oldenburg)

Frau Brunken, Frau Strack (re.urban)

ca. 40 Zuhörer/innen

1. Begrüßung und Einführung durch Herrn Schnitker
2. Darstellung der Ergebnisse der Vorbereitenden Untersuchungen durch Frau Brunken, re.urban (Präsentation)
3. Ausblick auf das weitere Verfahren (Antragstellung, Festlegung eines Sanierungsgebietes, Modernisierungsförderung) durch Frau Strack, re.urban
4. Fragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

Ein Bürger erkundigt sich danach, wann mit der **Umsetzung von Maßnahmen** zu rechnen ist. Herr Schnitker führt aus, dass nach Aufnahme in die Städtebauförderung (frühestens 2027) zunächst ein Rahmenplan erstellt wird und gegebenenfalls Planungswettbewerbe durchgeführt werden und somit mit der Umsetzung von Baumaßnahmen voraussichtlich eher in der ersten Hälfte der 2030er Jahre zu rechnen ist.
Aus dem Plenum wird **Bedauern über die langfristigen Prozesse** geäußert. Zudem stellt ein Teilnehmer die Frage, ob die Stadt auch in das Untersuchungsgebiet investiere, wenn keine Förderung komme (zumindest den Eigenanteil). Diesbezüglich verweist Herr Schnitker darauf, dass hierfür weitere politische Beschlüsse erforderlich wären (er aber zuversichtlich hinsichtlich einer Aufnahme in die Städtebauförderung sein wolle).
Schließlich weist eine Teilnehmerin darauf hin, dass bei der Umsetzung von Maßnahmen eine möglichst geringe Belastung für die Anrainer entstehen sollte (Abstimmung der Baustelleneinrichtungen mit Anliegern).

Eine Bürgerin erkundigt sich nach der Einbindung der **kommunalen Wärmeplanung** in das Konzept, ein weiterer Bürger weist darauf hin, dass eine Konkretisierung der Wärmeplanung relevant sei für die Investitionsentscheidung zur Gebäudemodernisierung. Frau Strack führt aus, dass eine Konkretisierung der Wärmeplanung (das Gebiet Mittlere Innenstadt wurde als Wärmenetzeignungsgebiet identifiziert) auch mit Blick auf die Erneuerung der Straßen relevant sei (im Zuge von

Straßenerneuerungsmaßnahmen sollte eine gegebenenfalls erforderliche Infrastruktur berücksichtigt werden), die Konkretisierung aber keine Aufgabe der Städtebauförderung ist.

Im Zusammenhang mit dem Thema **Modernisierung** erkundigt sich ein Eigentümer nach der möglichen Förderung. Frau Strack führt aus, dass diese prozentual und absolut gedeckelt ist (für Baudenkmale max. 40 % bzw. 62.000 €) aber auch eine Kombination mit anderen (vorrangig einzusetzenden) Fördermitteln (zum Beispiel Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG)) möglich ist.

Eine Bürgerin erkundigt sich, inwiefern die Themen **Begrünung/Entsiegelung** gemäß Klimaanpassungskonzept der Stadt Oldenburg berücksichtigt würden. Herr Schnitker sowie Frau Brunken und Frau Strack führen aus, dass die Klimafolgenanpassung auch in der Städtebauförderung ein zentrales Thema ist, im Zuge der weiteren Konkretisierung jedoch zu prüfen sei, inwiefern Maßnahmen der Begrünung/Entsiegelung in den engen Straßenquerschnitten und mit Blick auf den Denkmalschutz (Fassadenbegrünung) umgesetzt werden können.
Ein Teilnehmer regt an, auch eine Gestaltung/Öffnung privater Flächen (zum Beispiel rückwärtiger Innenhof Gaststraße) bei der weiteren Konzeptentwicklung in Betracht zu ziehen.

Vorschlag zum Umgang: Da dieser Bereich nicht Bestandteil des Untersuchungsgebietes gem. Einleitungsbeschluss ist, ist ein Einbezug zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Zur Reduzierung der Taubenpopulation in der Innenstadt wird die Errichtung von Taubenhäusern angeregt (gezielter Austausch von Eiern gegen Attrappen). Die Verwaltung sagt zu, diesen Vorschlag verwaltungsintern weiterzugeben.

Ein Eigentümer regt an, den Innenhof hinter der Hirsch-Apotheke in die Maßnahme einzubeziehen, um auch die Rückseite der Hirsch-Apotheke aufzuwerten.

Vorschlag zum Umgang: Hierbei handelt es sich um eine öffentliche Fläche, die von der Achternstraße aus den Zugang zu den innenliegenden Einheiten/zur Passage sicherstellt. Da diese Fläche keine relevante Funktion für das Gebiet hat, wird vorgeschlagen, keine Gebietserweiterung vorzunehmen

Eine Teilnehmerin regt an, zur Müllorganisation einen Müllsammelplatz auszuweisen.

Dies ist im weiteren Fortgang zu prüfen, nach erster Einschätzung ist der knappe öffentliche Raum im Gebiet zu wertvoll für eine solche Funktion.